Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst und Frauenwelt und Jugend einschließlich Bringerlohn monatlich 80 Pf. durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 3.— Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Bettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Bettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 30 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 55. | Dresden, Sonnabend den 7. März 1914. | 25. Jahrg.

Der Tag der Frauen!

Erwachet — lebet — wirket!

Erfreuend und erhebend ist es, große Menschenmassen vereinigen zu sehen zu gemeinsamem Wirken. Mehr denn eine gesellschaftliche Klasse huldigt das aufstrebende Proletariat dem Gemeinsamkeitsgedanken, und durch Gemeinsamkeitsveranstaltungen, die den einzelnen über sein enges Ich hinausheben, bereitet es seine immer größer werdenden Befreiungskämpfe vor. Volksversammlungen führen die Geister zusammen zur Klärung bestimmter politischer, wirtschaftlicher und kultureller Tagesfragen. Auf Parteitagen und Kongressen wird über Weg- und Zielrichtung der Bewegung verhandelt. Und immer mehr wachsen die Aufgaben der Arbeiterklasse, und mit den wachsenden Aufgaben wachsen das Verlangen und die Notwendigkeit nach neuen Gemeinsamkeitsveranstaltungen, die den Frauen die Begeisterung entzünden und zu neuen Taten wirken.

Eine Gemeinsamkeitskundgebung zur Mahnung und zur Erweckung soll auch unser Frauentag sein, um noch abseits wandelnde Frauen des arbeitenden Volkes herbeizutrommeln und in die Reihen der kämpfenden Arbeiterklasse einzugliedern, um aber andrerseits die Forderungen des weiblichen Geschlechts an Staat und Gesellschaft laut in die Welt erschallen zu lassen. Ein stolzer Weckruf soll vom Frauentag aus an die Frauen ergehen. Weit in allen Ländern, wo Frauen arbeiten und leiden, soll er die Geister auf die Aufgaben und Forderungen der Frauen lenken, die zu lösen nicht nur im Interesse der Frauen selbst liegt, sondern auch der Männer und der Kinder der gesamten arbeitenden Menschheit.

Dies war der Gedanke, der die Delegierten auf der internationalen Frauenkonferenz 1910 in Kopenhagen beseelte: An einem Tage im Jahre sollen in möglichst vielen Ländern die Frauen gemeinsam die Forderung nach dem gleichen, geheimen, allgemeinen Frauenwahlrecht erheben. Durch machtvolle Bekundungen und Demonstrationen soll der Wille der Frauen zum Ausdruck gelangen. Denn so lange die Frauen still und bescheiden das schwere Unrecht trugen, daß die Gesetzgebung sie wie Unmündige behandelt und ihre Stimmen nichts gelten läßt im Rate der Völker, solange wird der Grundsatz gelten: Das Weib schweige in der Gemeinde. Erst wenn die Frauen selbständig und kühn die Bühne des Lebens beschreiten, werden sie sich die ihnen zukommenden Rechte erobern.

Von dem englischen Minister Lloyd George wird erzählt, es sei zu ihm vor einigen Jahren eine Deputation der Frauenrechtlerinnen gekommen, um ihm die Forderung des Frauenstimmrechts zu unterbreiten und sich seiner Unterstützung zu versichern. Der Minister aber habe gesagt: Ja, meine Damen, Sie mögen ganz recht haben, aber tun werde ich nichts für Ihre Bestrebungen, denn Ihre Sache ist mir nicht gefährlich. Mittlerweile ist in England den Ministern die Frauensache schon etwas gefährlich geworden, die Suffragettes, die Wahlrechtskämpferinnen, beunruhigen das Land nicht wenig. Jedenfalls bestätigt der Ausspruch des Ministers Lloyd Georges die alte Weisheit, daß eine Bewegung erst dann auf Berücksichtigung rechnen darf, wenn sie „gefährlich" zu werden beginnt. Wie klein ist doch noch immer die Zahl der Frauen, die bewußt in den Kampf hinausziehen und ihre eigene Sache mutvoll in eigene Hand nehmen? Wie wenige machen doch von den schon vorhandenen Rechten Gebrauch, um sich weitere Staatsbürgerrechte zu erobern?

Die Gewerkschaften Deutschlands zählten 1913 ungefähr 216 000 weiblicher Mitglieder, die deutsche Sozialdemokratie 150 000 politisch organisierter Frauen. Was will das bedeuten gegenüber allein 2 103 924 in der Industrie beschäftigten Frauen und Mädchen, und 931 373 im Handel und Verkehr, die im Jahre 1907 gezählt wurden! Dazu die fast 5 Millionen in der Landwirtschaft, im häuslichen Dienst und in den freien Gewerben Tätigen; alles zusammen die stattliche Zahl von fast 10 Millionen erwerbstätiger Frauen und Mädchen. Gibt schon diese Zahl an sich Anlaß genug zum Nachdenken, so muß jedem Einsichtigen die große Zunahme der verheirateten Frauen, die zum Erwerb greifen, Veranlassung geben, die vielvertretene Anschauung vom „natürlichen Beruf der Frau" mit großer Vorsicht aufzunehmen. Fast 4 Millionen der im Hauptberuf tätigen Frauen sind verheiratet oder verheiratet gewesen. Wie können wir da zu einer Lösung des tragischen Konflikts kommen, der heute im Leben so vieler Frauen lauert: einerseits „natürlicher Beruf" der Frau, Mutter und Hausfrau zu sein, andrerseits die bittere Notwendigkeit, Erwerbsarbeit leisten zu müssen? Die Frau ist vor die furchtbar schwere Aufgabe gestellt, wie sie Erwerbsarbeit leisten und doch die Mutterarbeit nicht versäumen soll, die, wie Friedrich Naumann einmal treffend sagte, sich am schwersten in den Rahmen der kapitalistischen Wirtschaft einfügen läßt, denn sie ist unbezahlbare Arbeit.

In früheren Wirtschaftsperioden bestand dieser Konflikt im Frauenleben nicht. Mutterschaft ließ sich leichter mit den häuslichen Arbeiten der Frau vereinigen. Heute dagegen bedeutet für die Arbeiterin jede neue Mutterschaft ein Hindernis im Erwerbsleben, im Arbeitsprozeß. Je mehr Kinder sie hat, um so mehr ist die Frau gehindert, Arbeiterin zu sein. Und dieser Konflikt drängt sich der Frau auf in demselben Moment, da gesteigerte Ausgaben für die wachsende Familie Frauenverdienst zur zwingenden Notwendigkeit machen. Da wird die Frau versuchen müssen, ein wenig mitzuverdienen durch Heimarbeit. Aeußerste Sparsamkeit an Kleidung, Wohnung, Nahrung bringt schließlich die Familie so lange durch, bis die Kinder aus der Schule kommen und als junge Arbeitskräfte denselben Leidensweg ihrer Eltern gehen, schlechtbezahlt, für den Daseinskampf ungenügend ausgerüstet, mit schwachem Körper, dem kräftige Pflege und Nahrung fehlte, mit unvollkommener geistiger Rüstung, denn Schule und Haus konnten nur Almosen hergeben.

Die Frauen aber, die in die außerhäusliche Erwerbsarbeit gehen, haben einen anderen Ausweg aus all den Mühen und Plagen finden müssen — sie verweigern der Gesellschaft, die ihnen ihren „heiligen" Beruf der Mutterschaft so wenig dankt, die Mutterarbeit. Und kein „Gesetzentwurf betreffend den Verkehr mit Mitteln zur Verhinderung der Geburten" wird die Frauen wieder zur Gebärfreudigkeit bringen, sowie lange nicht Gesetze zum Schutze von Mutter und Kind vom Staate eingeführt werden, solange nicht mehr als bisher durch kräftige Hilfe bewiesen wird, daß der lebendige Mensch der Gesellschaft mehr gilt als das tote Kapital und der Besitz.

Jedoch, so schwierig und opfervoll auch das Leben der arbeitenden Frau in dem gegenwärtigen Zeitalter ist, es besteht für die Frauen kein Anlaß, zaghaft zu sein. Nein, sie dürfen hoffnungsvoll in die Zukunft schauen! Was besagt denn eigentlich die volkswirtschaftliche Tatsache, daß ein Drittel aller Erwerbsarbeiter Frauen sind? Diese Tatsache gibt davon Kunde, daß wie alles in der Natur und im Völkerleben so auch die Frauen dem „Gesetz der Wandlung", wie es Ibsen, der große norwegische Dichter, einmal nannte, unterworfen sind. Aus dem engumfriedeten Heim von einst ist die Frau hinaus in die weitere Welt geführt. Da lernt sie den „Vater Staat", die gesellschaftlichen Zustände und Einrichtungen kennen. Sie sieht, daß nicht etwa ein blindes Walten von Naturmächten die Geschicke des Menschen bestimmt. Sie erkennt, daß die Menschen selbst ihre Geschichte machen, daß die Parlamente, die Gesetzgebungsmaschinerie, heute noch von einer kleinen Schicht Privilegierter beherrscht werden zum Vorteil eben dieser kleinen aber mächtigen Schicht, der jedes Aufbegehren der unteren Volksklassen genau so unbequem ist wie das Einmarschieren der Frau in das öffentliche Leben. Darum wollen sie die Koalitionsrechte der Arbeiterschaft weiter herabdrücken, darum ist ihnen jedes Wahlrecht verhaßt, das eine Mitarbeit der breiten Massen zuläßt. Dieses Wahlrecht nun noch auf die Frauen auszudehnen dünkt ihnen gar als ungeheuerlich. Und dennoch wagten bei den Reichstagsverhandlungen im Januar dieses Jahres die bürgerlichen Vertreter nicht, in so frivoler Weise die Emanzipationsbestrebungen der Frauen abzutun, als es in früheren Jahren zu geschehen pflegte. Nur die Redner der Konservativen brachten den Frauenforderungen ein glattes, grobes Nein entgegen, während alle anderen bürgerlichen Parteien für eine „wohlwollende" und „sympathische" Kenntnisnahme waren. Die Sozialdemokraten und einige Fortschrittler traten für die Ueberweisung der vorliegenden Petition an die Regierung zur „Berücksichtigung" ein. Sie forderten im Namen des Rechts und der Kultur das Stimmrecht der Frauen.

Vor allem sind es auch unmittelbar brennende und drängende Fragen des Tages, die die Frauen zum Verständnis der Politik und zur Forderung ihrer Rechte führen. Die Verteuerung der Lebensmittel bringt sie auf den tiefen Zusammenhang von Politik und Hauswirtschaft. Die Frage drängt sich auf ihre Lippen: Wenn man uns die wichtigsten Bedarfsartikel verteuert, warum fragt man uns dabei gar nicht? Ist nicht gerade die Teuerung schuld an der Zunahme der Frauenarbeit? Und wenn wir nun einmal im Erwerbsleben draußen stehen müssen, warum haben wir dann noch nicht einmal das Stimmrecht zu den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten? Sind wir Frauen geschickt und fähig genug, in Fabrik und Werkstatt, im Kaufhaus und Kontor Arbeiten zu leisten wie ein Mann, so werden wir auch bei Rechtsstreitigkeiten, die sich aus dem Arbeitsprozeß ergeben, über Recht und Unrecht ein Urteil finden. Liegen doch häufig bei der Frauenarbeit die Fälle so eigenartig, daß erst Frauen als Sachverständige geladen werden müssen, um Klarheit zu schaffen. Das aktive und passive Wahlrecht der Frauen zu den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten ist also nicht nur eine Forderung der Gerechtigkeit, sondern der Notwendigkeiten, die uns täglich das Leben im Arbeitsprozeß erweist. Und mehr als bisher sollten dieser Frage die Arbeiterinnen das größte Interesse schenken. Erst kürzlich wurde im bayrischen Landtag die Forderung des Wahlrechts für die Frauen zu den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten, zu den Handels- und Gewerbekammern zum Beschluß erhoben. Freilich, die weitere Entscheidung liegt bei den Regierungen. Ueber „sympathische" Erwägungen dürften diese vorläufig nicht herauskommen, wenn sie sich nicht völlig ablehnend verhalten. Verhalten sich aber die Regierungen zu solchen selbstverständlichen Frauenforderungen immerfort ablehnend, so müssen die Frauen daraus folgern, daß sie erst recht die Sozialdemokratie in ihrem Kampf gegen die Regierungsallmacht und für Mehrung der Parlamentsbefugnisse unterstützen müssen.

Ueberall werden die Frauen auf die Wichtigkeit der Politik in Reich, Staat und Gemeinde hingewiesen. Die Frauen haben den größten Anlaß, sich um die Sozialgesetzgebung zu kümmern; sollen doch Mutterschaftsversicherung, Arbeiterinnenschutz und andere Maßnahmen den arbeitenden Müttern Erleichterung in ihrem schweren Ringen verschaffen. Steuer- und Schulfragen — wer hätte wohl mehr Ursache, an ihrer kulturellen Gestaltung mitzuberaten als die Frauen? Müssen nicht auch zur sozialen Arbeit in der Gemeinde immer mehr Frauen bei der Armen-, Waisen- und Ziehkinderpflege mit herangezogen werden? Weit über 12 000 Frauen sind im Vorjahre in der Wohlfahrtspflege beschäftigt gewesen, als

Genossinnen und Genossen!

Alle organisatorischen Vorbereitungen für den **Frauentag** und die **„Rote Woche"** sind getroffen.

In der Parteipresse sind die wichtigen Aufgaben, die in der Woche vom 8. bis zum 15. März erfüllt werden sollen, mit Nachdruck erörtert worden:

„Her mit dem Wahlrecht für die Frauen!"
„Mehr Leser für die Parteipresse!"
„Mehr Mitglieder für die Organisationen!"

Ein letzter Hinweis auf den Ernst der Zeit muß genügen, alle Parteigenossen zu eifrigster Werbearbeit anzuspornen. **Keiner darf dieser wichtigen Parteiarbeit fernbleiben!**

Besondere Aufmerksamkeit ist der Hausagitation zu schenken, die während der ganzen Woche betrieben werden muß.

Genossinnen und Genossen, seid pflichtbewußt!

Berlin, den 6. März 1914.

Mit Parteigruß

Der Parteivorstand.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19140307/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG